

15 Jahre und Mehrwertabschöpfung

Raumplanung Der 3. März wirft seine Schatten voraus; an dem Sonntag nämlich stimmen wir über das Raumplanungsgesetz ab. Bundesrätin Doris Leuthard kam nach Biel, um für ein kräftiges Ja zu werben.

«Kann das gut gehen?», fragte alt Bundesrat Samuel Schmid, der Bundesrätin Doris Leuthard in Biel begrüßte. Er meinte das Immermehr an Ansprüchen und das Immerweniger an Raum in der enger werdenden Schweiz. Stadtpräsident Erich Fehr entdeckte einen andern Widerspruch, den zwischen dem landverbrauchenden Wirtschaftssubjekt und dem landschaftsschützerischen Privatmenschen, die beide in des Schweizers Brust wohnen. Biel, die Zukunftsstadt, so Fehr, hat wegweisende Projekte: Agglolac, ein Beispiel zeitgemässer städtischer Verdichtung, die Schüssinsel, ein neuer Stadtpark und die Entwicklung im Bözingenfeld, wo nachhaltige Arbeitsplätze entstehen. Kurz, Doris Leuthard kann seit gestern von Biel nur beeindruckt sein.

Was ist neu?

Die Bundesrätin begann mit dem Unbehagen. War die Raumplanung jahrelang kein Thema, so ist sie heute ein sensibles. Die angenommene Zweitwohnungs- und die Landschaftsinitiative sind politische Warnrufe. Leuthard erinnerte an die Tatsachen: Von den rund 42 000 Quadratkilometern Schweiz sind 38 Prozent unbewohnbar, da Berg und Alp, 31 Prozent sind Wald und unantastbar. Bleiben noch 31 Prozent des Schweizerbodens, in den sich Landwirtschaft und alle anderen Nutzungen teilen müssen. Davon ist bereits ein Fünftel für Häuser, Strassen, Eisenbahnen und Freizeitbauten konsumiert. Welche Schweiz wollen wir? Die agglomerierte? Ein Nachdenken darüber tut not, mit der Revision des Raumplanungsgesetzes hat es stattgefunden.

Was ist neu? Die 15 Jahre und die Mehrwertabschöpfung. Schon das Raumplanungsgesetz von 1980 setzte einen Zeithorizont für Einzonungen von 15 Jahren. Allerdings war dies nur eine Empfehlung an die Kantone, die damit zum Teil recht grosszügig umgingen. Im Wallis langt's für die nächsten 50 Jahre. Neu kann der Bund die kantonalen Richtpläne zurückweisen, wenn der Bedarf für die 15 Jahre nicht nachgewiesen ist. Neu ist auch, dass in der ganzen Schweiz der Bedarf nach denselben Methoden berechnet



Bundesrätin Doris Leuthard sprach gestern in Biel zum neuen Raumplanungsgesetz: «Es schont die Landschaft, spart Kulturland, bringt Bedarf und Angebot in ein Gleichgewicht.»

wird. Wenn das Raumplanungsgesetz in der ganzen Schweiz gilt, dann müssen auch die Regeln für die ganze Schweiz dieselben sein.

Die Mehrwertabschöpfung besteuert jenes arbeitslose Einkommen, das durch Einzonung dem Grundeigentümer zufällt, ein Geschenk der öffentlichen Hand. Er soll nun verbindlich mit mindestens 20 Prozent abgeschöpft werden. Die Kantone sind frei, mehr zu verlangen. Das ist keineswegs neu. Das alte Raumplanungsgesetz hat sie bereits empfohlen und die Kantone Basel-Stadt, Neuenburg, Genf und Thurgau haben sie bereits eingeführt. Mit dem Geld sollen die Auszonungen berappt werden, die nötig werden, dort, wo die 15 Jahre überzogen wurden und zurückbuchstabiert werden muss.

«Eine Sache der Kantone»

Besondere Mühe gab sich Leuthard, föderalistische Bedenken zu zerstreuen. Immer noch, betonte sie, ist die Raumplanung eine Sache der Kantone. Keineswegs masst sich der Bund neue Kompetenzen an. Die Revision sorgt einzig dafür, dass das gültige Gesetz auch durchgesetzt wird. Wie föderalistisch die Revision ist, zeige ja, dass mit Ausnahme des Kantons Wallis alle andern die Revision unterstützen. Wer für die nächsten 15 Jahre einen Bedarf nachweisen kann, darf neu einzonen und ist in seiner Entwicklung keineswegs behindert. Wird das neue Raumplanungsgesetz aber abgelehnt, so komme die Landschaftsinitiative zur Abstimmung, die nicht akzeptabel sei. Denn sie friere die Bauzonen 20 Jahre lang ein, was vor allem die zentralen Standorte, dort wo der Bedarf am höchsten ist, in ein erstickendes Korsett einschüre.

Leuthard fasste zusammen, warum ein kräftiges Ja zur Revision angewandter Patriotismus ist: Das neue Raumplanungsgesetz schont die Landschaft, spart Kulturland, bringt Bedarf und Angebot in ein Gleichgewicht, bremst die Zersiedelung, ermöglicht die wirtschaftliche Entwicklung und sorgt für die hohe Lebensqualität.

Benedikt Loderer, Stadtwanderer

Adrian Streun